Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigenannahmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 34. — 87. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Donnerstag, den 9. Februar 1928**

Die „U-Boot-Pest".

Während des Weltkrieges hat man laut genug auf die „damned Germans" geflucht und geschimpft, die mit ihren U-Booten die natürlich ganz und gar „harmlose" Handelsschiffahrt der Alliierten zu zerstören suchten, während man Deutschland hermetisch gegen jede Zufuhr zur See auch auf neutralen Schiffen abgeschlossen hatte. Und das erste, was von der deutschen Regierung bei der Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen verlangt wurde, war die Einstellung des U-Boot-Krieges. Man hat uns dann im Versailler Vertrag überhaupt die U-Boot-Waffe verboten, während jetzt bei den beiden europäischen Seemächten England und Frankreich ein eifriges Wettrüsten in der Herstellung von U-Booten eintrat. Bald gesellte sich auch Nordamerika dazu, ohne freilich die beiden Konkurrenten erreichen zu können. Nun ist vor einigen Tagen der Wunsch des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg hineingeplatzt, doch überhaupt das U-Boot als Seewaffe zu verbieten, genau so, wie ja das Gas durch den Völkerbund verboten worden ist. Selbstverständlich haben England und Frankreich dazu nur verneinend die Köpfe geschüttelt. So wird Amerika eilends darangehen, sein Flottenbauprogramm für die nächsten fünf Jahre, das eine Gesamtausgabe von über 750 Millionen Dollar, also 3 Milliarden Mark, vorsieht, möglichst schnell auszuführen. Auch 32 Unterseeboote sollen in dieser Zeit neu gebaut werden.

Damit fängt Amerika an, ernsthaft in die Machtkonkurrenz zur See einzutreten. Und es ist doch ein nicht so ganz einfach beiseitezuschiebendes Zeichen allmählich entstehender Spannungen, wenn ein amerikanischer Admiral schon von einem in nicht allzuferner Zeit bevorstehendem Kriege zwischen England und Amerika faselte. Gewiß ist er deswegen seines Amtes enthoben worden; aber so unrecht hat er doch nicht mit seinem Vergleich, daß, wie einst das deutsche Flottenbauprogramm Englands Eifersucht und schließlich den Weltkrieg hervorgerufen habe, das gleiche sich auch zwischen England und Amerika entwickeln könne. Denn Amerika hat sich bereits eine gewaltige Flotte geschaffen und ist auch finanziell in der Lage, rasch den Vorsprung der anderen einzuholen, ja diese vielleicht sogar zu überholen. Freilich nur mit Schiffen; ob auch mit Männern, die auf diesen Schiffen fahren und kämpfen sollen, ist noch etwas fraglich.

Dabei spricht der amerikanische Vorschlag, das U-Boot überhaupt abzuschaffen, doch von einer gewissen Mäßigung. In der Hauptsache wird sich Nordamerika im Kriegsfall auf eine Verteidigung seiner langgestreckten Küsten beschränken können, wobei gerade das U-Boot eine hervorragende Rolle spielen würde. Die verwundbarste Seite ist dabei natürlich der Panamakanal, der allerdings in riesenhaftester Weise durch Armierungen geschützt ist. Irgendwelchen Widerständen in den Vereinigten Staaten selbst begegnet diese Flottenbaupolitik durchaus nicht mehr; immer stärker dringt dort der Gedanke durch, daß die Flotte, wie Präsident Harding einmal sagte, „die große Mauer Amerikas" sei. Weniger aus weltmachtpolitischen Gründen baut Amerika seine Flotte aus; sie ist eigentlich nur bei den ostasiatischen Wirren aktiv aufgetreten. Hier liegt aber vielleicht doch auch ein Grund dafür, bei den großen weltpolitischen Auseinandersetzungen an den Gestaden des Stillen Ozeans nun nicht alles den englischen Vettern zu überlassen, sondern auch ein paar starke Trümpfe im Spiel zu haben. Genau so ist es ja mit der amerikanischen Handelsflotte geworden. Vor dem Kriege beherrschten die englische und die deutsche Handelsflotte auch den Seetransport von und nach Amerika, bis während des Krieges eine gewaltige Anstrengung zum Bau amerikanischer Handelsschiffe einsetzte und man jetzt die „strips and stars", die „Streifen und Sterne", auf allen Meeren sieht. Auch das hat den Engländern schon sehr viel Kummer und Kopfzerbrechen verursacht, auch diese Entwicklung entspricht haarscharf dem, was im Anfang des 20. Jahrhunderts allmählich zwischen Deutschland und England heranwuchs.

Mit der Weltabrüstung scheint es doch noch eine gute Weile zu haben.

Landbundvorstand beim Vizekanzler.

„Hilfsmaßnahmen nicht ausreichend."

Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Reichsminister Hergt, empfing in der Reichskanzlei in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, sowie der Vertreter der beteiligten Ressorts eine Abordnung des Reichslandbundes, der die Präsidenten Hepp und Graf Kalckreuth sowie die Direktoren Kriegsheim und von Sybel angehörten. Die Vertreter des Reichslandbundes brachten eine Anzahl von Forderungen vor, die im einzelnen eingehend besprochen wurden. Sie wiesen eindringlich darauf hin, daß die Landwirtschaft die Maßnahmen, die von der Reichsregierung bisher zur Erleichterung der wirtschaftlichen Not des Landvolkes vorgesehen seien, nicht als ausreichend betrachten könne. Die anwesenden Mitglieder der Reichsregierung erklärten hierzu, daß es sich bei den bisherigen Beschlüssen der Reichsregierung um ein zusammenhängendes System von Hilfsmaßnahmen handele, dessen weiterer Ausbau mit allen verfügbaren Mitteln durchgeführt werden solle.

Neue Schulgesetzverhandlungen

Der Städtetag über die Schulkosten.

Neue Vermittlungsversuche.

Innerhalb der Regierungsparteien werden noch immer lebhafte Versuche gemacht, das Reichsschulgesetz doch noch zu einem guten Ende zu bringen. In der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei steht die Schulfrage am Donnerstag erneut zur Beratung und der Schulausschuß der Deutschen Volkspartei wird sich am kommenden Sonntag mit der Schulfrage beschäftigen. Auch Reichsinnenminister von Keudell soll mit der Ausarbeitung einer neuen Formulierung beschäftigt sein, die eine Brücke zwischen der Zentrumsauffassung und den Ansichten der Deutschen Volkspartei in der Frage der Simultanschule bauen soll. Trotz der kategorischen Erklärungen beider Parteien, an dem jetzt eingenommenen Standpunkt zur Schulfrage festzuhalten, sind auch in den Reichstagsfraktionen der Volkspartei und des Zentrums Kräfte am Werke, die gegenteiligen Ansichten näherzubringen. Die Vermittlungstätigkeit soll als nicht aussichtslos gelten.

Obwohl die Frage, wer die Kosten zur Durchführung des neuen Reichsschulgesetzes tragen soll, noch nicht völlig geklärt ist, hat der Vorstand des Deutschen Städtetages dem Bildungsausschuß des Reichstages bereits eine Eingabe über die Kosten dieses Gesetzes übermittelt. Die von der Reichsregierung vorgeschlagene Regelung, wonach den Ländern und Gemeinden eine einmalige Beihilfe bis zu 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden soll, wird in dieser Eingabe abgelehnt. In ihr wird verlangt, daß die aus der Durchführung erwachsenen Kosten, gleichviel, ob einmal oder laufend, den Kommunen vom Reich erstattet werden sollen. In der Eingabe wird weiter darauf hingewiesen, daß z. B. die Durchführung des Reichsschulgesetzes in Preußen eine laufende jährliche Mehrbelastung des preußischen Volksschulhaushalts in Land und Gemeinden um über 40 Millionen Mark und einen Anleihebedarf von rund 250 Millionen Mark zur Folge hätte. Die Städte müßten, so heißt es in der Eingabe, zum Schluß darauf bestehen, daß für die großen Mehrausgaben des Reichsschulgesetzes eine ausreichende Deckung beschafft und für die Frage der Kostenerstattung eine zuverlässige gesetzliche Grundlage im Rahmen des Reichsschulgesetzes geschaffen werde.

Tagung des Reichsstädtebundes.

Am 16. und 17. Februar tagt in Berlin der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes. Die Tagung erhält dieses Mal ihre besondere Bedeutung dadurch, daß zum erstenmal Parlamentarier als Mitglieder des Gesamtvorstandes und als Mitglieder des Parlamentarischen Beirats des Reichsstädtebundes an der Sitzung teilnehmen werden. Zur Beratung stehen u. a.: Fragen der großen Verwaltungsreform, Gastschulbeitragsgesetz, die Interessen der mittleren und kleinen Städte am Umgemeindungsproblem, die Vorschläge auf eine anderweitige Verteilung des Hauszinssteueraufkommens sowie auf Änderung des preußischen Finanzausgleichsgesetzes. Der Sitzung des Gesamtvorstandes geht am 15. Februar eine Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes voraus.

Dr. Gradnauers Bemühungen für die sächsische Landwirtschaft.

In dem Schreiben des sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer an den Reichsernährungsminister Dr. Schiele heißt es u. a.: Die Reichsregierung hat die in den Zeitungsberichten angegebenen Erleichterungsmaßnahmen ins Auge gefaßt, wohlwissend, daß sie nicht dazu angetan sein konnten, der Notlage der Landwirtschaft in ihrer Allgemeinheit irgendwie Abhilfe zu vermitteln. Sie ist ja hierzu vollkommen außerstande, weil die meisten der in der Kundgebung (des Sächsischen Landbundes an die sächsische Regierung) berührten Fragen zur Zuständigkeit des Reiches gehören. Durch diese Hilfsmaßnahmen, ebenso wie durch alles das, was in den letzten Jahren zur Milderung der durch Unwetterschäden verursachten Not getan worden ist, hat sie zum Ausdruck bringen wollen, daß die Erhaltung einer lebensfähigen Landwirtschaft als eine hauptsächliche Voraussetzung für die Erhaltung unseres gesamten Wirtschaftslebens ansieht. Wenn auch die

landwirtschaftliche Bevölkerung Sachsens nur etwa 10 Prozent der gesamten Bevölkerung

ausmacht, so spielen doch die Erträgnisse der rund Zweidrittel des von der Landwirtschaft genutzten Flächenraumes für die Gesamternährung unseres Volkes eine so beachtenswerte Rolle, daß die Regierung sich der Pflicht bewußt ist der gegenwärtigen Landwirtschaftskrise ihre vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ich beehre mich, dem erhaltenen Auftrag entsprechend, an die Reichsregierung das ergebenste und dringendste Ersuchen zu richten, auch ihrerseits sich der Notlage der sächsischen Landwirtschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeit anzunehmen und überdies die sächsische Regierung darüber auf dem laufenden zu halten, welche Maßnahmen seitens des Reiches zur Überwindung dieser Krise gegenwärtig geplant werden.

Dresden. (Einberufung der Landessynode.) Die Landessynode ist zu ihrer diesjährigen ordentlichen Tagung nunmehr endgültig für den 5. März einberufen worden.

England will Deutsch-Ostafrika anektieren.

London, 8. Februar. Im Oberhause fragte Lord Parmoor nach seiner Kritik der Haltung der Regierung bezüglich der Fakultativklausel und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens danach, ob die Regierung in Tanganjika (ehemals Deutsch-Ostafrika) eine Politik politischer Angliederung verfolge und welches die Haltung der Regierung zur gegenwärtigen Zeit sei. Stresemann habe erklärt, daß er gezwungen sein werde, sich dem bis zum äußersten zu widersetzen, da sie unvereinbar sei mit den Bedingungen des Vertrages.

Lord Cushendun antwortete für die Regierung. Was Tanganjika betreffe, so bestehe eine Kommission, die nach Ostafrika gegangen sei, um die gesamte Frage zu prüfen. Er sei nicht in der Lage, zu sagen, was diese Kommission empfehlen werde. Aber es sei vollkommen klar, daß, wenn Sir Hilton Young der Kommission empfehle, das Mandatsgebiet in die Föderation einzuschließen, nichts Ungebührliches darin bestehen würde diese Empfehlung zu befolgen.

Das Ergebnis dieses Frage- und Antwortspiels im Oberhaus ist die klare Bestätigung der Nachrichten, die schon seit langem von den englischen Bestrebungen zur Annektion der ehemaligen deutschen Kolonie Deutsch-Ostafrika wissen wollten. Die Bemerkung des Regierungsvertreters, daß in der Befolgung der „Empfehlung zur Angliederung" des Mandatsgebietes an die südafrikanische Föderation nichts „Ungebührliches" sehen könne, geht in echt englischer Weise über unbequeme Vertragsbestimmungen einfach zur Tagesordnung über. Da Deutschland in dieser Frage die im Versailler Vertrag feierlich verbrieften Mandatsrechte für sich ins Feld führen kann, so kann wohl die feste Erwartung gehegt werden, daß Stresemann tatsächlich bis zum Aeußersten sich diesem Raub Deutsch-Ostafrikas widersetzen wird. Das ganze deutsche Volk wird gewiß wie ein Mann hinter ihm stehen.

Münchener Reichsgesandtschaft künftig wegfallend.

Beschluß im Haushaltsausschuß des Reichstages.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages knüpfte sich eine längere Aussprache an das Kapitel: „Vertretung der Reichsregierung in München". Von den Demokraten wurde beantragt, dieses Kapitel als künftig wegfallend zu bezeichnen. Die Kommunisten forderten Streichung dieser Vertretung. Staatssekretär Dr. Pünder wies darauf hin, daß man bei der Länderkonferenz durchaus nicht von einem Begräbnis erster Klasse sprechen könne. Solange aber Mängel nicht ausgeglichen und die Verhandlungen nicht abgeschlossen seien, wäre es ein unfreundlicher Akt gegen die süddeutsche Regierung, die Münchener Vertretung aufzuheben. Er wandte sich auch dagegen, dieses Kapitel als künftig wegfallend zu bezeichnen, da schon die Einberufung der Länderkonferenz gezeigt habe, daß Reichsregierung und Reichskanzler aus eigener Energie vorzugehen gewillt seien. Nach längerer Aussprache wurde der demokratische Antrag, dieses Kapitel als künftig wegfallend zu bezeichnen, mit 14 Stimmen angenommen. Von der Deutschen Volkspartei stimmten die Abgeordneten Dr. Cremer und Dr. Mittelmann dafür, Stimmenthaltung übte der Abgeordnete Morath aus. Die Minderheit setzte sich aus 13 Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung zusammen.

Indien gegen England.

Ablehnung der britischen Vorschläge.

Kurze Zeit nach Überreichung des neuen englischen Vermittlungsvorschlages in der Verfassungsfrage ist

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF